



An die Arbeit: Mit hochgekrempeelten Ärmeln spricht Obama am amerikanischen Tag der Arbeit in Boston.

Foto: AFP

Obamas Sozialoffensive

Der Präsident treibt die Europäisierung des amerikanischen Arbeitsrechts voran – nicht nur mit dem Mindestlohn.

wvp. WASHINGTON, 9. September. Am Montag dieser Woche haben die Vereinigten Staaten ihren Tag der Arbeit gefeiert, den Labour Day. Präsident Barack Obama hat an diesem Tag gearbeitet an der Europäisierung des amerikanischen Arbeitsrechts. Im Flugzeug nach Boston zu einem Gewerkschaftstreffen unterzeichnete er einen Erlass, der die Geschäftspartner der Bundesregierung zwingt, ihren Arbeitnehmern Lohn auch dann weiterzubezahlen, wenn sie krank sind. Rund 300 000 Arbeitnehmer kommen in den Genuss dieser Regel, die es ihnen erlaubt, bis zu sieben bezahlte Krankentage zu nehmen. Dazu kommen weitere, deren Recht auf Lohnfortzahlung ausgeweitet wird. „Wir haben festgestellt, dass viele Unternehmen, auch kleine, diese Politik unterstützen“, lässt sich der Präsident zitieren. Die Regelung helfe den Unternehmen, die guten Arbeitnehmer zu halten. Rund drei Viertel der Vollzeitbeschäftigten und ein Viertel der Teilzeitarbeiter bekommen bisher schon den

Lohn weiterbezahlt, wenn sie oder ihre Angehörigen krank sind. Der Erlass zeigt einmal mehr, wie Obama gegen den Widerstand einer republikanischen Mehrheit im Kongress regiert; mit präsidentialen Verfügungen, Medienarbeit und Geld. Seinen Erlass, der des parlamentarischen Segens nicht bedarf, flankierte der Präsident mit der öffentlichkeitswirksamen Aufforderung an den Kongress, den Kündigungsschutz und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gesetzlich neu zu regeln. „Leider hat nur der Kongress die Macht, allen Amerikanern die Sicherheit zu geben“, sagte der Präsident. „Aber wo ich kann, werde ich handeln. Und nebenbei erwähnt, genau das habe ich getan.“ Zudem stellt er Bundesstaaten insgesamt 2,2 Milliarden Dollar zur Verfügung, wenn sie eigene Programme auf die Beine stellen, die die Lohnfortzahlung sichern. Das Ziel ist, andere Bundesstaaten und Firmen zu animieren, ihrerseits entsprechende Sozialstandards zu erlassen. Die Regelung für die Vertragspartner der Regierung ist nur eine aus einer ganzen Reihe von Erlassen und Maßnahmen, die die Position der Arbeitnehmer zu verbessern. Ende Juni kam der Überstundenvorstoß: Barack Obama schlug vor, die Vergütung für Überstunden neu zu regeln und fünf Millionen Amerikaner zusätzlich in

den Genuss einer Überstundenbezahlung zu bringen. Bisher haben nur Arbeitnehmer, die rund 24 000 Dollar verdienen, einen Anspruch auf einen Überstundenzuschlag. Obama will diese Grenze auf rund 50 000 Dollar heraufsetzen. Auch die Besserverdiener bekommen ihre Überstunden bisher schon bezahlt, haben aber keinen Anspruch auf Überstundenzuschlag. Der Vorschlag wird zur Zeit einer Überprüfung unterzogen und hat dann beste Chancen, Wirklichkeit zu werden. Gegen heftige Proteste aus der Wirtschaft und dem Lager der Republikaner. Obama, sagen die Kritiker, versuche eine Mittelklasse auf dem Verordnungswege herzustellen. Vorher hatte der Präsident schon per Erlass verfügt, dass die staatlichen Stellen nur Geschäfte mit Firmen machen, die einen Mindestlohn von 10,10 Dollar in der Stunde garantieren. Zu seiner Politik der Angleichung an für Europa typische Sozialstandards gehören auch neue Regeln für Mutterschutz und Erziehungsurlaub, die sich allerdings auf Angestellte der Bundesregierung beschränken. Sie sehen sechs Wochen Mutterschutz vor, in denen die Entlohnung weiterläuft, und weitere sechs Wochen ohne Bezahlung. Die Regierung reagiert nach eigenen Angaben damit auf neue Realitäten, de-

nen zufolge mehr Frauen arbeiten. Mehrere bekannte Unternehmen vor allem aus dem IT- und dem Mediensektor haben inzwischen ihre eigenen zum Teil sehr großzügigen Erziehungsurlaubsregelungen. Der von Obama propagierte Mindestlohn findet ebenfalls Unterstützung bei einigen Unternehmen und bei einer Reihe von Bundesstaaten. Mehrere Metropolen führen über mehrere Jahre hinweg einen Mindestlohn von 15 Dollar je Stunde ein. Die Sozialpolitik hilft Obama überdies, die Beziehung zu den Gewerkschaften zu kitzeln. Der Dachverband der Gewerkschaften, AFL-CIO, hatte mit aller Macht versucht, die Freihandelspolitik des Präsidenten zu Fall zu bringen, und dafür reihenweise demokratische Politiker unter Druck gesetzt. Das Verhältnis ist seitdem getrübt. Obama warb jetzt für starke Gewerkschaften und nahm Bezug auf eine Affäre, die das sportbegeisterte Amerika in Atem hält: Der Football-Superstar Tom Brady sollte für vier Spiele gesperrt werden, weil er offenbar daran mitgewirkt hatte, im letzten Endspiel Luft aus den Footballen herauszulassen, damit er sie als Quarterback besser werfen konnte. Die Spielergewerkschaft hat die Sperre vor Gericht zu Fall gebracht. „Wenn Brady eine Gewerkschaft braucht, dann brauchen wir definitiv alle eine.“

China verändert Berechnung des Bruttoinlandsprodukts

Wirtschaftsleistung soll genauer bestimmt werden / Fachleute bemängeln fehlende Unabhängigkeit der Statistiker

jpen. FRANKFURT, 9. September. Die chinesische Statistikbehörde NBS hat angekündigt, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) künftig mit neuer, an internationale Standards angepasster Methodik zu berechnen. Die vom laufenden dritten Quartal an veröffentlichten Daten sollen kurzfristige Konjunkturschwankungen besser abbilden. Zudem sollen mehr Zahlen veröffentlicht werden als bisher, heißt es in einer am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung. Am 19. Oktober sollen erstmals mit neuer Methodik erhobene Daten veröffentlicht werden. Bislang seien die Wachstumszahlen eher eine Zusammenfassung von Daten gewesen als eine bilanzielle Darstellung des Konjunkturverlaufs. In der Vergangenheit hatte es immer wieder Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der öffentlichen Daten aus China gegeben. Zuletzt hatte für gewisse Verwunderung gesorgt, dass die für die ersten beiden Quartale veröffentlichten Wachstumsraten exakt dem von der Zentralregierung angestreb-

ten Ziel von 7 Prozent Zuwachs entsprachen. Vor diesem Hintergrund sieht Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer in der Ankündigung vor allem eine „vertrauensbildende Maßnahme für Investoren“. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt könne es sich nicht erlauben, dass wenig Vertrauen in die offiziellen Daten bestehe. Das chinesische Statistikbüro betont in der Mitteilung zudem, dass die Veränderungen die Grundlage dafür legten, die von Internationalen Währungsfonds definierten Standards für die BIP-Berechnung (Special Data Dissemination Standard, SDDS) zu erfüllen. Beobachter deuteten die angekündigte Reform daher als Maßnahme, die China ermöglichen soll, dass der Renminbi in den Währungskorb des IWF aufgenommen wird. China strebt an, seine Währung auf diese Weise zu einer wichtigen Reservewährung zu machen. Bislang hat China jedes Quartal saisonbereinigte Veränderungsdaten veröffentlicht. „Es gab aber keine Ursprungswerte

in absoluten Zahlen, man konnte die Angaben nicht richtig nachrechnen“, sagt Volkswirt Krämer. Wenn sich dies nun ändere, sei das ein Fortschritt. Allerdings bestche wohl weiterhin das Manko, dass die chinesischen Statistiker nicht unabhängig von der Politik agierten. „Da müsste mehr Unabhängigkeit hergestellt werden. Dann würde es wahrscheinlich erst einmal eine tiefe Revision der bisherigen Daten geben“, sagte Krämer. Die Wachstumsdaten für das Vorjahr hat China von 7,4 auf 7,3 Prozent nach unten korrigiert. Mangelnde Unabhängigkeit der Statistiker hat auch Carsten Holz, Sozialwissenschaftler an der Hongkong University of Science and Technology, in einer vor zwei Jahren veröffentlichten Studie kritisiert: „Die Statistikbehörde NBS hat Spielraum für Manipulationen, um politische gewünschte BIP-Werte oder Wachstumsraten zu erreichen“, fasste Holz zusammen. Wegen solcher Zweifel schauen viele Marktteilnehmer nicht allein auf die offi-

ziellen Wachstumsdaten, wenn sie sich ein Bild von der Konjunktur entwickeln in China machen wollen. Der Stromverbrauch, das Volumen der Bahnfracht und die Kreditvergabe der Banken gelten als Indikatoren. Ökonomen fassen diese Werte in einem nach dem Ministerpräsidenten benannten „Li-Keqiang-Index“ zusammen – denn auch der Politiker soll den offiziellen Daten nicht die allergrößte Bedeutung zuessen. Der Ministerpräsident betonte unterdessen, dass die Regierung der Wirtschaft bei Bedarf weiter unter die Arme greifen werde. Sie werde gegebenenfalls auch vorbeugend aktiv werden, sagte Li Keqiang. Er äußerte sich zudem zu der überraschenden Senkung der Währung am 11. August um 2 Prozent. Dies sei ein „sehr geringfügiger“ Schritt gewesen. Es gebe keine Basis für eine anhaltende Schwächung des Renminbi. Sein Land habe kein Interesse an einem „Währungskrieg“.

Verhaltenskodex für Devisenhandel kommt

LONDON, 9. September (Reuters). Nach einem Manipulationskandal soll künftig ein Verhaltenskodex für mehr Vertrauen im Devisenhandel sorgen. Die neuen Richtlinien für den Markt, auf dem je Tag rund 5 Billionen Dollar umgesetzt werden, traten voraussichtlich im Mai 2017 in Kraft, sagten Zentralbankvertreter am Mittwoch in London. Die Arbeiten an dem „Code of Conduct“ werden von einem Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gesteuert. Der Kodex soll unter anderem Grundsätze enthalten für den Umgang mit automatisierten Verkaufsaufträgen – in der Fachwelt „Stop-Loss-Order“ genannt. Für alle Marktteilnehmer, auch Zentralbanken, werde es Leitlinien geben. „Wir versuchen nicht, mit dem Kodex das Rad neu zu erfinden, wir bauen auf dem auf, was da ist“, sagte Guy Debelle, der die australische Notenbank im BIZ-Ausschuss für globale Finanzstabilität vertritt. Zuletzt hatte ein Skandal um manipulierte Devisenkurse rund um den Globus Behörden und Aufseher auf den Plan gerufen. Händler wurden suspendiert, Banken Milliardenstrafen aufgebürdet. Aktuell gibt es für den Devisenhandel sechs unterschiedliche Leitlinien. Diese soll der neue Kodex ersetzen, der nicht nur Grundsätze für Händler, sondern auch für Vermögensverwalter und Handelsplattformen enthalten soll. Die Leitlinien haben nicht den Status verbindlicher Regeln – es liegt an den einzelnen Regierungen, wie sie umgesetzt werden.

Der schwache Euro hilft der Chemie

tag. LUDWIGSHAFEN, 9. September. Der schwache Euro, die wachsende Nachfrage aus dem Ausland und gute Geschäfte in der Pharmaunternehmen haben der Chemie- und Pharmaindustrie im ersten Halbjahr Auftrieb gegeben. Im zweiten Quartal stieg der Umsatz von Deutschlands drittgrößter Industriebranche im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,3 Prozent. Getrieben wurden die Geschäfte vor allem von starken Ausfuhren nach Amerika, zudem zog die Nachfrage in Europa wieder an, dem nach wie vor wichtigsten Markt der Industrie. Während die Erlöse im Inland um 2 Prozent sanken, erhöhte sich der Auslandsumsatz nach Angaben des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) um 4,7 Prozent. Die Produktion legte um 3,4 Prozent überraschend deutlich zu, der Aufschwung wurde jedoch ausschließlich vom Pharmageschäft getragen. Für das Gesamtjahr erhöhte der VCI seine Umsatzprognose leicht und rechnet nun mit einem Anstieg der Branchenerlöse um 1 Prozent auf 193 Milliarden Euro. Bislang war ein Plus von 0,5 Prozent vorhergesagt worden. Die Erzeugerpreise würden aber weiter fallen. Das Übergangsjahr an Rohöl werde wohl bleiben, ein Preisanstieg im dritten Quartal deshalb nicht absehbar. Vor allem die Entwicklung im weltgrößten Chemiemarkt China bereite dem Verband Sorgen. Die Unternehmen stellten sich dort auf eine harte Landung ein.

Automobile werden schwerer und schneller

maxw. BERLIN, 9. September. Der Trend zu immer schwereren und leistungsstärkeren Autos hält an. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und des Verkehrsclubs Deutschland. So steigerte sich der Anteil der sogenannten Sport- und Geländewagen (SUV) an den Gesamtzulassungen in Deutschland von 7,7 Prozent im Jahr 2008 auf 18,4 im ersten Halbjahr 2015. Im Zeitraum von 2005 bis 2014 legte das durchschnittliche Leergewicht von 1426 Kilogramm auf 1477 Kilogramm zu, ebenso die Anzahl der Pferdestärken von 91 auf 103. Aufgrund dieser Ergebnisse fordern die beiden Verbände strengere Kohlendioxid-Grenzwerte, realistische Verbrauchstests und steuerliche Anreize für Autos, die wenig Schadstoffe ausstoßen. Nach der Studie rentierten sich viele Spritspartetechniken für Autokäufer im günstigsten Fall oft erst nach 70 000 bis 90 000 Kilometern. Der Verband der Automobilindustrie teilte mit, der Kohlendioxid-Ausstoß und der Spritverbrauch neu zugelassener Autos deutscher Konzernmarken sei in den vergangenen zehn Jahren um ein Viertel gesunken. Nun würden beim Verbrennungsmotor technische Grenzen erreicht, weitere Verbesserungen versprächen elektrische Antriebe. Die Hersteller betonten, dass sie Ausstattung, Sicherheit und Motorleistung ihrer Autos verbessert hätten. „Die Menschen wollen keine rollende Verzichtserklärung.“

Weniger Insolvenzen in Deutschland

FRANKFURT, 9. September (Reuters). Dank der anziehenden Konjunktur eben Zahlungsfähigkeit und Überschuldung bei Unternehmen in Deutschland spürbar ab. Im ersten Halbjahr meldeten 11 558 Firmen Insolvenz an und damit 3,9 Prozent weniger als vor Jahresfrist, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Am stärksten betroffen waren demnach Handelsbetriebe, darunter auch Autowerkstätten, und Baufirmen. Auch Freiberufler und Anbieter von wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen mussten überdurchschnittlich oft den Gang zum Amtsgericht antreten. Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger sanken bis Ende Juni auf 8,9 Milliarden Euro, nach 14,6 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2014. Experten rechnen auch für das Gesamtjahr mit einem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen. Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform erwartet 23 000 bis maximal 24 000 Insolvenzen, nach rund 24 030 Pleiten im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit solide, im zweiten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozent. Vor allem die florierende Inlandskonjunktur dürfte dieses Jahr für weiteren Schwung sorgen, da die Konsumenten dank der guten Lage am Arbeitsmarkt mehr Geld ausgeben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen fiel im ersten Halbjahr um gut acht Prozent auf 40 321.

Ökostromumlage dürfte kaum sinken

Obwohl es einen hohen Überschuss auf dem Konto gibt

ami. BERLIN, 9. September. Die Ausgaben für den Ökostrom sind über den Sommer deutlich gestiegen. Dennoch weist das Konto zur Finanzierung der Betreiber von Wind-, Photovoltaik und Biomassekraftwerken weiterhin einen hohen Überschuss aus. Ende August waren es nach am Mittwoch vorgelegten Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber 3,2 Milliarden Euro, so viel wie nie zuvor um diese Jahreszeit. Allerdings stammt der Löwenanteil davon aus dem Plus des vergangenen Jahres. Seit Januar halten sich Einnahmen und Ausgaben etwa die Waage: Der Jahresüberschuss beträgt 331 Millionen Euro. Trotz der aktuell hohen Rücklage sollten sich die Verbraucher nach Meinung von Fachleuten deshalb nicht auf eine größere Senkung der Umlage (6,17 Cent je Kilowattstunde) einrichten. 2014 war sie erstmals reduziert worden – um 1 Prozent. Mitte Oktober wird die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für 2016 festgelegt.

Zwar hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) mit seiner EEG-Reform den Ausgabenzuwachs gebremst, doch sprechen einige Faktoren gegen eine deutlich niedrigere Umlage. Zum einen ist da der Zubau neuer Anlagen zur Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom. Zwar werden nur noch wenige Photovoltaikmodule auf Dächer gelegt, dagegen wächst der Ausbau von Windkraftwerken an Land umso kräftiger. Allerdings sinkt hier die Vergütung für Neuanlagen. Mit bis zu 19 Cent die Kilowattstunde bleibt sie hingegen bis auf weiteres bei Meeresswindparks. Davon gehen dieses Jahr besonders viele ans Netz, und der Ausbau setzt sich fort. Das schlägt sich auf der Kostenseite nieder. Das wachsende Ökostromangebot führt zudem an der Strombörse zu fallenden Preisen. Da aber der Ökostromzuschuss vielfach garantiert ist, wird damit die Finanzierungslücke größer – und senkt die Chancen auf eine deutlich niedrigere Umlage im nächsten Jahr.

Vom Opa direkt an den Enkel

Bis zum Jahr 2024 werden über 3 Billionen Euro vererbt

maxw. BERLIN, 9. September. In den Jahren 2015 bis 2024 werden die Deutschen 3,1 Billionen Euro vererben. Das entspricht rund 30 Prozent des Gesamtvermögens aller privaten Haushalte, wie aus einer am Mittwoch vorgestellten Erhebung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge hervorgeht. Rund 2,1 Billionen Euro davon würden auf die nächste Generation übertragen. Das entspricht einem Anstieg von 18 Prozent in den vergangenen 15 Jahren. Das restliche Geld des Erbes werde innerhalb der Generation vererbt, etwa unter Ehepaaren. Wie die Studie, die Daten des Bundesfinanzministeriums und der Bundesbank verwendet, zeigt, vereinen die oberen 2 Prozent aller Hinterlassenschaften rund ein Drittel des gesamten Erbschaftsvolumens. Große Erbschaften an Geld von mehr als 150 000 Euro seien im Osten (5 Prozent) seltener als im Westen (12 Prozent). Fälle, in denen die nächste Generation nichts erbe, unter-

schieden sich dagegen nur minimal zwischen Ost (16 Prozent) und West (17 Prozent). Im Durchschnitt werden 363 000 Euro vererbt. Im Einzelfall haben die Nachlässen sehr unterschiedliche Größen. Rechnet man zum Beispiel die 2 Prozent der größten Hinterlassenschaften heraus, beträgt die durchschnittliche Erbschaft etwa 242 000 Euro. Das Geldvermögen, das vererbt werden wird, ist laut Studie etwa zur Hälfte in festverzinslichen und wenig riskanten Sparguthaben angelegt und zu einem Drittel in Wertpapieren. Lebensversicherungen oder Bausparguthaben spielten nur noch eine geringe Rolle, heißt es in der Studie. Zudem würde wichtiger, wo die Immobilie steht, die vererbt wird. Diejenigen, die vererben, werden insgesamt immer älter. Dadurch habe sich auch das Durchschnittsalter der Erben auf rund 50 Jahre erhöht. Es komme immer häufiger vor, dass das Erbe direkt an die Enkel übergeben werde.

1 Milliarde Euro nur für Bayern?

Vorschlag zur Neuregelung der Finanzbeziehungen

mas. BERLIN, 9. September. Mit einem radikalen Vorschlag sind Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt in die Verhandlungen zur Neuordnung der Finanzbeziehungen gegangen. Ziel des Systems ist es, finanzschwache Bundesländer zu unterstützen. „Der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form wird abgeschafft“, heißt es in ihrem Konzept. Im Kern wollen die konservativen Ministerpräsidenten künftig die Umverteilung zwischen Reich und Arm über die Umsatzsteuer erledigen, kräftig ergänzt durch Mittel des Bundes. 9,2 Milliarden Euro haben sie von ihm eingeplant. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte zuletzt angeboten, die Reform mit 8,5 Milliarden Euro zu unterstützen. Doch könnte es für ihn noch teurer werden, wenn andere Zahlungen künftig an das Umsatzsteueraufkommen gekoppelt würden, wie es ebenfalls vorgeschlagen wird. 2014 wurden über den eigentlichen Länderfinanzausgleich, den die konservativen Ministerpräsidenten nun abschaffen wollen, gut 9 Milliarden Euro umverteilt – so viel wie nie zuvor. Die Last trugen im wesentlichen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Die vorgeschlagene Neuregelung würde die Geberländer spürbar besser stellen. So heißt es in dem Entwurf: „Damit werden im Ergebnis die Zahlerländer im Finanzaus-

gleich um zirka 2 Milliarden Euro entlastet.“ Darüber hinaus sollen die ostdeutschen Flächenländer weiterhin Zuweisungen in Höhe von mehr als 2 Milliarden Euro erhalten und die Länder Saarland und Bremen ergänzende Hilfen von 1 Milliarde Euro bekommen. Allein der Freistaat Bayern würde durch die Umstellung 1 Milliarde Euro gewinnen, wie Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) hervorhob. Für Hessen wäre damit ein dreistelliger Millionenbetrag zu erwarten. Entsprechend euphorisch ließ sich Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) zitieren. Er warte, dass mit dem Konzept der Knoten durchgeschlagen sei, da kein Land schlechter gestellt werde. Das andere politische Lager reagierte jedoch zurückhaltend. Die Hansestadt Hamburg, die die SPD-geführten Länder vertritt, wollte vor dem Treffen der Regierungschefs am Abend den Vorschlag nicht bewerten. Nach dem vom Saarland erarbeiteten Modell soll der Länderanteil an der Umsatzsteuer grundsätzlich nach Maßgabe der Einwohnerzahl verteilt werden, „jedoch modifiziert durch Zu- und Abschläge entsprechend der Finanzkraft“. Die Einwohnerzahl der Stadtstaaten soll künstlich erhöht werden, wenn auch etwas weniger als bisher. Die kommunale Finanzkraft soll mit 75 Prozent berücksichtigt werden. Das wäre etwas mehr als bisher.

Bahn muss Kunden informieren

Pflicht zu Verspätungsmeldungen auch an Kleinbahnhöfen

jja. BERLIN, 9. September. Die Deutsche Bahn muss all ihre 5500 Bahnhöfe und Haltepunkte mit elektronischen Anzeigetafeln ausstatten, um die Fahrgäste über Verspätungen und Zugsausfälle zu informieren. Mit diesem Urteil bestätigte das Bundesverwaltungsgericht am Mittwoch eine Anordnung des Eisenbahnverbands aus dem Jahr 2010. Das Unternehmen muss die „dynamischen Schriftanzeiger“ zeitlich gestaffelt installieren – zunächst an den größeren Stationen, was nach der Zahl der Reisenden zu bemessen ist. Die Bahn darf stattdessen Lautsprecherdurchsagen machen, muss dann aber dafür sorgen, dass diese Anlagen funktionieren. Auch darf sie für die Ankündigungen auf örtliches Personal setzen. Gegen die Anordnung geklagt hatte die DB Station & Service AG. Wie die beiden Vorinstanzen wiesen nun aber auch die obersten Verwaltungsrichter die Rechtsmittel ab. Die Leipziger Richter pochten auf die Fahrgastrechte-Verordnung der EU. Danach müssen Bahnbetreiber ihre Kunden so schnell wie möglich über geänderte Abfahrts- und Ankunftszeiten verständigen.

Die Brüsseler Direktive verlange eine „aktive Unterrichtung“, befand das Bundesverwaltungsgericht. Das bedeute, dass die Unternehmen die Fahrgäste aufgefördert über Verspätungen aufklären müssten (Az.: 6 C 2814). Die Bahn hatte hingegen argumentiert, es reiche, wenn sie die Passagiere auf deren Nachfrage hin informiere. Dafür genüge es, wenn am Bahnhof oder auf dem Bahnsteig eine Telefonnummer angegeben sei, die die Kunden anrufen könnten. Auch meinte sie, die Pflicht gelte nur an jenen Orten, an denen die technischen Voraussetzungen für eine aktive Information bereits vorliegen. Das Gericht entschied jedoch, zu den Pflichten der Bahnunternehmen gehöre es auch, diese Voraussetzungen bald zu schaffen. Die EU-Verordnung erlaube zwar den Mitgliedsländern, den Unternehmen einen Aufschub zu gewähren. Davon habe der Gesetzgeber in Deutschland aber keinen Gebrauch gemacht – auch nicht für wenig frequentierte Haltepunkte. Nach Ansicht der Richter ist es dem Konzern durchaus zuzumuten, die rund 300 Stationen nachzurüsten, um die es nach seinen Angaben nur noch geht.